

Wege zur Bundesrepublik. Deutsche Mythen, Identitäten und Selbstbilder

Veranstalter: Sonderforschungsbereich 640: Repräsentationen sozialer Ordnungen im Wandel

Datum, Ort: 05.10.2006–06.10.2006, Berlin

Bericht von: Eva Hausteiner; Susanne Kirchhoff

Mythen prägen die Kommunikation in modernen Gesellschaften. Sie tragen zu einer Bildung von kollektiven Anschauungen und Bewusstseinsformen bei. Damit erlangen sie gesellschaftliche und politische Relevanz, teils weil genuin politische Mythen von Deutungseliten instrumentalisiert werden, teils weil mythische Vorstellungen politisches Handeln vorstrukturieren und prägen.

Das Forschungsprojekt über „Politische Mythen in Deutschland nach 1989“ (SFB 640: Repräsentationen sozialer Ordnungen im Wandel) veranstaltete vom 5. bis 6. Oktober 2006 an der Humboldt-Universität unter Leitung von Herfried Münkler eine Tagung zum Thema „Wege in die Bundesrepublik. Deutsche Mythen, Identitäten und Selbstbilder“.

Dabei richtete sich der Blick auf politische Mythen, Geschichtspolitik und Fragen der Staatssymbolik in der Bundesrepublik, aber auch auf einflussreiche Narrative, die das kollektive Gedächtnis und die Selbstdeutung der Bundesrepublik geprägt haben. Weiterhin wurde debattiert, welche Verschiebungen sich hier in Zukunft ergeben könnten und auf welchen Feldern sich ein politisch-kultureller Wandel im Selbstverständnis der Bundesrepublik nach 1989 nachzeichnen lässt.

Die Tagung wurde mit dem Thema „Selbstbeschreibungen eines Landes“ eröffnet. Der Heidelberger Zeithistoriker Edgar Wolfrum beschrieb in seinem Vortrag „Geglückte und missglückte Erzählungen über die Bundesrepublik“ Leitnarrative über die Bundesrepublik in geschichtswissenschaftlichen Diskursen: „Restauration“ und „Stunde Null“, „Abendland“ und „Verwestlichung“, „Irrweg“ und „Sonderweg“, „Bi-“ oder „Postnationalismus“. Die entsprechenden Narrative erfuhren, so Wolfrum, vielfache Variationen. Aber weder das Lob der Westintegration, die Rede von der postnationalen Demokratie und

vom Erfolgsmodell Deutschland, noch „die nachholende Revolution von 1989“ oder die jüngsten Krisen- und Niedergangsgeschichten sind für Wolfrum auf Dauer zur hegemonialen Interpretation geworden.

Der Altmeister der deutschen Politikwissenschaft und Adenauer-Biograph Hans-Peter Schwarz (Bonn/Gauting) erinnerte an die Etappen bundesrepublikanischer Selbstanerkennung: vom überparteilichen Konsens der 1950er und frühen 1960er Jahre, die BRD als „Kernstaat“ in Reichsnachfolge anzusehen, um so die Option der Wiedervereinigung offen zu halten, bis zur Ostpolitik Willy Brandts. Trotz ständiger Selbstkritik habe die BRD laut Schwarz eine eigenständige Identität entwickeln können. Die Fragen nach „Vergangenheitsbewältigung“ und Selbstanerkennung seien jedoch in erster Linie „feuilletonistische“ Diskussionen gewesen. Auch wenn die Bundesrepublik heute zu einer stabilen Demokratie herangereift sei, stimmte Schwarz in die allgemeine „geglückte“ Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik nicht ein: Wirtschaftlich sei die Bundesrepublik auf absteigendem Ast, kulturell fehle es ihr an Ausstrahlung. Auch diagnostizierte Schwarz angesichts des unkritischen Weiterführens der europäischen Integration und der Debatten um das Regieren jenseits des Staates eine bundesdeutsche „Flucht vor sich selbst“. In der anschließenden Diskussion wies Münkler auf die Unterscheidung von Entscheidungs- und Deutungseliten hin, die sich wechselseitig beeinflussten. Edgar Wolfrum diagnostizierte einen intellektuellen Bedeutungsverlust der Historiker Ende der 1950er, und ein erst spätes Wiederaufleben ihrer Interpretationshoheit in den 1980er Jahren mit dem Historikerstreit; einen dauerhaften Einfluss der Geschichtswissenschaft konstatierte er hingegen im Bildungsbereich. Der Berliner Politikwissenschaftler Bernd Ladwig (FU) plädierte aus diskursethischer Warte angesichts der Frage nach dem Subjekt der „Selbst“-Anerkennung der BRD für eine Identitätsstiftung durch Auseinandersetzung in Diskussion und Debatten.

Münkler warf die Frage auf, in welcher Weise es notwendig sei, die Geschichte der Selbstbeschreibung von BRD und DDR parallel zu untersuchen. Diese Kontrastierung

wurde auch beim anschließenden Vortrag von Manfred Hettling (Halle) thematisiert. Hettling bescheinigte der Bundesrepublik einen fehlenden republikanischen Totenkult für die Soldaten der Bundeswehr und eine damit verpasste politische Legitimationsquelle. Die Gründe dafür sind für Hettling zwar verständlich, denn Soldaten des Ersten und Zweiten Weltkrieges sind nicht für die Bundesrepublik, sondern für in der Nachkriegszeit politisch desavouierte Zwecke gefallen. Eine politisch akkreditierte Erinnerungskultur bestehe nur für „externe“ Tote wie die Holocaust-Opfer, die Attentäter des 20. Juli, die Aufständischen des 17. Juni 1953. Für Tote der Bundeswehr hingegen gebe es bisher keine adäquate symbolische Form des Gedenkens, wie das Fehlen innermilitärischer Regelungen für Todesfälle im Einsatz zeige. Hettling bewertete die bisherige Gedenkpraxis als „unwürdig“, da kein eigener Ort für militärische Tote der Bundesrepublik existiere, obwohl diese in demokratisch legitimierten Einsätzen starben. Die bisherigen Gedenkorte für die Bundeswehr-Teilstreitkräfte rückten diese in eine unangemessene Nähe zu den Gefallenen des Ersten und Zweiten Weltkrieges. Sollte sich aber der Kurs außenpolitischer „Normalisierung“ der Bundesrepublik durchsetzen, so plädierte Hettling am Schluss seines Vortrags, müsse man in der Konsequenz auch die Notwendigkeit eines angemessenen staatsbürgerlichen Gedenkens der militärischen Toten als Gefallene für die demokratische Ordnung etablieren.

Im Gespräch wies Münkler auf den pomposen Totenkult und die zeremoniellen Inszenierungen in der DDR hin. Es entwickelte sich eine Diskussion über das Verhältnis zwischen Demokratie und Opferbereitschaft für das Gemeinwesen sowie über die Frage, ob und inwieweit Opferbereitschaft heute noch erwartet werden könne. Bernd Ladwig argumentierte demokratietheoretisch gegen die Ausdeutung des politischen Todes als genuine Legitimationsquelle, woraufhin Hettling das Legitimationspotential des Todes aufgrund seiner Eigenschaft als außeralltägliches Ereignis verteidigte.

Politische Ordnungsmodelle für die Bundesrepublik im Hinblick auf ihre Konzepte von Bürger, Staat und Gesellschaft im Wan-

del betrachtete der Berliner Politikwissenschaftler Jens Hacke. Vertreter des technokratischen Konservatismus wie Helmut Schelsky, Hans Freyer, Ernst Forsthoff und Arnold Gehlen haben in der Frühzeit der Bundesrepublik den Abschied von jeder Ideologie verkündet und den zuvor zentralen Begriff der Idee durch die Technik ausgetauscht. Politik wird im technokratischen Staatsmodell durch Verwaltung ersetzt, die lediglich an sozialen und wirtschaftlichen Zielen wie Vollbeschäftigung und Wirtschaftswachstum orientiert ist. Einflüsse des technokratischen Paradigmas lassen sich, so Hackes pointierte These, unter anderem bei Niklas Luhmann und Jürgen Habermas feststellen. Beide übernehmen die technokratische Gesellschaftsdiagnose, Luhmann in affirmativer, Habermas in kritischer Absicht. Während Dahrendorf die Deutschen zu Konflikt und Kritik ermuntern wollte, um einen obrigkeitsstaatlich orientierten hegelianischen Staatsbegriff zu überwinden, war es einzig Hermann Lübbe, der dem Staat als „liberalitätsgarantierenden Ordnungsrahmen“ eine normative Rolle zuschrieb. Insgesamt deutete Hacke die theoretische Staatskepsis in den Sozialwissenschaften als Ausdruck eines spezifisch bundesrepublikanischen Gesellschaftsdenkens.

Der Konstanzer Historiker Sven Reichardt beschrieb in seinem Vortrag „Authentizität und Gemeinschaft. Die mediale Konstruktion des ‘Alternativen’“ Zuschreibungen und Selbstzuschreibungen des linksalternativen Milieus. Diese bestünden vor allem in der Politisierung von zuvor privaten Lebensbereichen sowie der Forderung nach Authentizität und Spontaneität, wobei in Teilen des Milieus eine starke Ausrichtung auf mediale Selbstdarstellung und Imagebildung herrschte. Den „bürgerlichen“ Medien wurden Betroffenheitsberichte entgegengestellt. Dabei dienten der Vorwurf der Entmündigung und Ohnmachtserfahrungen gegenüber etablierten Medien als Legitimationsgrundlage. Zugleich trug die Medienberichterstattung innerhalb der alternativen Presse und durch die etablierten Medien zur Herstellung einer kollektiven Identität des linksalternativen Milieus bei.

Der Ausgangspunkt von Nina Verheyens Vortrag „Das ‘ewige Gespräch’: Zur Kulturge-

schichte des besseren Arguments in der Bundesrepublik“ war die Feststellung einer besonderen deutschen Diskussionsfreude. Die Berliner Historikerin sah in strukturellen Rahmenbedingungen wie den Maßnahmen der Reeducation und der Reform des Schulwesens die Gründe für die allgemeine Debatte-lust. Diskussionsbereitschaft sollte in diesem Zusammenhang nicht nur als Rationalisierungsform, sondern auch als Möglichkeit zur Normierung bewertet werden. Die Theorien von Jürgen Habermas und Karl-Otto Apel könnten, so Verheyen, als akademische Kristallisationspunkte des Aufschwungs der Diskussionskultur bewertet werden.

Im Podiumsgespräch zum Thema „Physiognomie der Berliner Republik“ legten Herfried Münkler und der Soziologe Heinz Bude (Kassel) ihre Auffassungen zu grundsätzlichen Wandlungen in der Bundesrepublik nach Wiedervereinigung und Hauptstadtumzug dar. Bude benannte fünf grundsätzliche soziale und politische Verschiebungen, nämlich 1) die Vollendung der Westintegration, 2) das Ende korporatistischer Systemsteuerung, 3) die schwindende Rolle der Arbeitnehmergesellschaft als Garant bürgerlicher Partizipation, 4) den Abschluss der Phase geschichtspolitischer Selbstvergewisserung und „vergangenheitspolitischer Selbstbindung“ sowie 5) das Ende des politischen Leidenschaftsverbots. Münkler schränkte diese Feststellungen dahingehend ein, als sie nicht ausschließlich durch Wiedervereinigung und Berlin-Umzug bedingt seien. Die Bonner Republik war laut Münkler arm an Geschichtsorten und generierte Konsum- und Lebensstilmythen, während die DDR sich als „Verwalterin“ deutscher Nationalstaatsgeschichte zu präsentieren suchte. Für das Profil der Berliner Republik betonte Münkler nicht nur die Auswirkungen von architektonischen und stadtplanerischen Entscheidungen, sondern auch den Zuwachs an internationalen Aufgaben. Der neuen Staatsrepräsentation der Hauptstadt und den Auslandseinsätzen der Bundeswehr komme deshalb eine identitätsbildende Rolle zu. Die beiden Diskutanten betonten übereinstimmend die Notwendigkeit, unter den neuen Paradigmata Fragen des nationalen Interesses aktiv zu begegnen.

Im nächsten Panel „Der Sound der Sech-

ziger“ befasste sich Clemens Albrecht (Konstanz) zunächst in seinem Vortrag „Die Gesellschaft ist das Gute: Vom Staatskapitalismus zur verwalteten Welt“ mit Verschiebungen des Staatsbegriffes und leitbegrifflichen Gegenkonzepten seit der Theorie der Frankfurter Schule. Deren Funktion als zentraler Stichwortgeber in der intellektuellen Neugründung Deutschlands hervorhebend, stellte Albrecht die These auf, Begriffe wie Volk, Staat und Nation seien zugunsten der Begriffe Gesellschaft und Demokratie in die Peripherie des Bewusstseins gerückt, und sprach von einer Abwertung des Staates im 20. Jahrhundert zur historisch kontingenten und gesellschaftlich abhängigen Größe. Eine zentrale Rolle spielten hierbei die in den 1930ern entstandene Theorie des Staatskapitalismus und das Interpretament der Kritischen Theorie von der „verwalteten Welt“, das Parallelen zur neoliberalen Kritik des staatlichen Interventionismus aufweise. Albrecht diagnostizierte eine spätere Desillusionierung dieser Hoffnung in der Gesellschaft zugunsten eines Primats der Ökonomie und Technologie sowie, gegenwärtig, eine Entzauberung des Demokratiebegriffs und fragte im Ausblick nach der Entwicklung tragender Leitbegriffe der Berliner Republik.

In der Diskussion unterstrich Jan-Werner Müller (Princeton) ähnliche Probleme der begrifflichen Identitätsbildung in anderen Ländern und warnte vor übermäßiger Betonung eines „deutschen Sonderweges“. Jan-Holger Kirsch (Potsdam) beobachtete eine neue wissenschaftliche Aufwertung des Staates beispielsweise in den Governance-Theorien, die aber laut Albrecht auf einer anderen Staatsvorstellung beruhten.

Stephan Schlak stellte in einem etwas freihändig formulierten Vortrag über „akademische Mythen“ die These auf, es seien für die 1960er zwei Fluchtlinien feststellbar: Einerseits eine neue Suche nach Authentizität, wie sie im Vortrag von Sven Reichardt skizziert worden war, und andererseits eine Tendenz zur distanzierten Reflexion und somit zur Theorie. Ablesbar sei diese Bedeutung der Theorie laut Schlak am Einfluss der „stw“-Reihe des Suhrkamp-Verlages. Jürgen Habermas habe sich nach dem anfänglichen Versuch, das Schisma Theorie-Praxis zu schlie-

ßen, zur rein theoretischen Sozialphilosophie bekannt; Kritik habe diese Theoriebegeisterung beispielsweise von Politikwissenschaftler Wilhelm Hennis erfahren, der von der Gefahr einer „szientistischen Falle“ sprach. In einem abschließenden Deutungsversuch schlug Schlak vor, Großtheorien wie die Habermas'sche oder Luhmannsche als semantische Verdichtungen bundesrepublikanischer Zustände zu lesen.

Der Giessener Politikwissenschaftler Erik Meyer eröffnete das fünfte Panel „Das neue Deutschland der Berliner Republik“ mit einem Vortrag über das Berliner Holocaust-Denkmal als „Ort, an den man gerne geht“. Meyer konstatierte eingangs eine doppelte erinnerungskulturelle Herausforderung für Deutschland nach 1990: Auf der einen Seite stehe die Konfrontation zweier Erinnerungskulturen, auf der anderen Seite das Problem des Umgangs mit der SED-Diktatur.

Den Entstehungsprozess des Denkmals stufte Meyer als Beispiel für das „Wirksamwerden nicht intendierter Effekte“ im Politik- und Verwaltungsprozess ein und nahm Bezug auf die Problematik der „Demokratie als Bauherr“. Anhand der Betrachtung zentraler Konfliktlinien um konzeptionelle und gestalterische Fragen im Entstehungsprozess, wie die von Koselleck angesprochene Hierarchisierung der Opfer, beurteilte Meyer das Holocaust-Denkmal als einen Beitrag zur Einbeziehung des NS-Gedenkens in das allgemeine Bewusstsein.

In der Diskussion wurde nach Praxen der Nutzungsuntersuchung des Holocaust-Denkmals gefragt, worauf Meyer auf die begrenzten Möglichkeiten der Besucherforschung etwa durch die Stiftung Denkmal einging.

Im Folgenden referierte der Berliner Politikwissenschaftler Rudolf Speth (FU) zum Thema „'Du bist Deutschland'. Rückblick auf eine ökonomische Kampagne“. Entstehungsgeschichtlich stellte er prototypisch die Medienkampagne zur Bewerbung der sozialen Marktwirtschaft von 1952-1965 vor; 2003 sei in zeitlicher Nähe zu den Hartz-IV-Reformen und zu Gerhard Schröders Aufruf zur „Innovationsoffensive“ von privatwirtschaftlicher Seite die Initiative „Medienpartnerschaften“ sowie daraufhin die Kampa-

gne „Du bist Deutschland“ zur Pessimismus-Bekämpfung entstanden. Durch flächendeckendes road blocking und Testläufe sei die Kampagne ein großer Erfolg und durch die feuilletonistische Kritik gewissermaßen noch „veredelt“ worden.

Ausgehend von dieser Betrachtung stellte Speth drei Trends fest: Die Entwicklung politischer Wahlkämpfe hin zu einer werbeorientierten Kommunikationsweise; die Aufhebung der Macht der Verbände zugunsten von Unternehmen sowie die Rolle von Patriotismus als unternehmerischen Wirtschaftsfaktor. In der Diskussion bezeichnete Jan-Holger Kirsch die Kampagne als Instrument zur Selbstaffirmation von Eliten und Unternehmen. Patrice G. Poutros (Potsdam) ordnete die Kampagne angesichts ihrer Elitenorientierung und ihrer mangelnden Thematisierung von Exklusion und Exklusionsangst als eher typisch für die Bonner Republik ein. Clemens Albrecht bezeichnete sie als Legitimitätsersatz in Zeiten mangelnder partizipatorisch begründeter Legitimität. Stefan Reinecke (taz) schließlich zweifelte die Reichweiterefassung als geeignetes Instrument zur Beurteilung des Erfolges der Kampagne an.

Im letzten Vortrag der Tagung zum Thema „Nation, Patriotismus, Leitkultur. Integrationsversuche nach 1989“ befasste sich der Politikwissenschaftler Jan-Werner Müller mit Dimensionen der Integrationspolitik und dem Konzept des Verfassungspatriotismus. Im historischen Vergleich zwischen Bonner und Berliner Republik stellte Müller eine Kontinuität verfassungspatriotischer Deutungsmuster, aber auch einen Wandel im Umgang mit Integrationsfragen fest. In einem zweiten Schritt, dem synchronen Vergleich von nationalen Integrationsprozessen, diagnostizierte Müller eine Divergenz in der integrationspolitischen Rhetorik bei gleichzeitiger Konvergenz der pragmatischen Praxen hin zu einem assimilatorischen Modell. Drittens argumentierte Müller in einem Plädoyer für einen „wohlverstandenen Verfassungspatriotismus“.

In der Diskussion betonte Clemens Albrecht den Charme des Konzepts des Verfassungspatriotismus, der die Frage nach Inklusion und Exklusion durch einen allen Verfassungen gemeinsamen Kern, nämlich den der Menschenrechte, entschärfe. Ebendies wie-

derum werfe aber das Problem auf, Verfassungen zu beurteilen, die eben diesen Kern nicht teilen. Müller wies darauf hin, dass der Verfassungspatriotismus kein normatives, sondern lediglich ein normativ abhängiges Konzept sei.

Fazit: Die Tagung erwies, dass eine Analyse der Geschichte der Bundesrepublik in gewissem Maße die Einbeziehung der DDR-Geschichte erfordere, teils als Kontrastfolie, teils als direkter Einflussfaktor. Auch die stärkere Einordnung und Betrachtung der BRD im internationalen und besonders im europäischen Vergleich, vornehmlich als Relativierung der wiederholt angesprochenen Sonderwegs-These, kam mehrfach zur Sprache und blieb Desiderat für eine weitere Vertiefung des Themas.

Vielfältige Brüche und Kontinuitätslinien wurden zwischen der Bonner und Berliner Republik diagnostiziert: So kommentierte die taz, die Tagung habe gezeigt, dass „in der Berliner Republik viel Bonn“¹ zu finden sei. Die FAZ wies darauf hin, dass Jürgen Habermas sowohl ideengeschichtlich im Kontext der „alten“ BRD als auch in der Debatte um das Selbstverständnis der Berliner Republik als „nicht anwesende Zentralgestalt“² der Tagung fungiert habe. Ein Fokus der Tagung war in diesem Zusammenhang tatsächlich die Relevanz von Elitendiskursen; theoretische und empirische Konzeptionen ihrer Wirkmächtigkeit wurden angemahnt.

Eva Hausteiner und Susanne Kirchhoff, HU Berlin, Institut für Sozialwissenschaften

Tagungsbericht *Wege zur Bundesrepublik. Deutsche Mythen, Identitäten und Selbstbilder*. 05.10.2006–06.10.2006, Berlin, in: H-Soz-Kult 03.12.2006.

¹ Reinecke, Stefan, Weniger Demokratie wagen. In der Berliner Humboldt-Uni wünschen sich Heinz Bude und Herfried Münkler mehr Normalität – und entwickeln ein gewöhnungsbedürftiges Szenario der Berliner Republik, die tageszeitung vom 10.10.2006.

² Cammann, Alexander, Wir geben zurück nach Bonn. Gelehrtenrepublikanismus: Ein Gespräch im Hause Münkler über den abwesenden Herrn Habermas, Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 24.10.2006.